

**Berlin, 1. August 2015**

**Gemma Pörzgen, ROG-Vorstandsmitglied  
Rede anlässlich der Solidaritätskundgebung für die Journalisten von netzpolitik.org  
am 1. August 2015 in Berlin**

Liebe Freunde, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,

als Reporter ohne Grenzen liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit eigentlich in anderen Ländern, in denen Journalisten für ihre Berichterstattung unter sehr großem Druck stehen. Weltweit sitzen derzeit mehr als 400 Journalisten und Online-Aktivisten in Gefängnissen ein, vor allem in China, in Iran oder Eritrea. Und viele bezahlen für ihren Einsatz mit ihrem Leben.

Als wir vor mehr als 20 Jahren zusammen mit Kollegen die deutsche Sektion in Berlin gründeten, geschah das auch aus dem sicheren Gefühl heraus, mit Kollegen solidarisch sein zu wollen, die unter viel schwierigen Umständen arbeiten als wir in Deutschland.

Umso schockierender fand ich vor zwei Tagen die Nachricht, dass der Generalbundesanwalt sich anmaßt, gegen die beiden Netz-Journalisten Markus Beckedahl und Andre Meister Ermittlungen einzuleiten, als wäre ihnen „Landesverrat“ vorzuwerfen. Dieser offensichtliche Einschüchterungsversuch, der auch darauf abzielt Informanten und Whistleblower abzuschrecken, ist ein Missbrauch des Strafrechts, den wir leider aus anderen Regionen nur zu gut kennen.

Dabei hat „netzpolitik.org“ in vorbildlicher Weise nur das getan, was zu den wichtigsten Aufgaben von Journalisten gehört: Sie haben mit ihrer Berichterstattung dazu beigetragen, die Bevölkerung über die Machenschaften der Geheimdienste aufzuklären und sich dabei große Verdienste erworben. Völlig zu Recht wird das Webportal deshalb von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ in der kommenden Woche ausgezeichnet. Allein diese Gleichzeitigkeit von politischer Einschüchterung und Prämierung zeigt die ganze Absurdität dieses ungeheuerlichen Vorgangs.

Es heißt nun, der Generalbundesanwalt Harald Range wolle die Ermittlungen ruhen lassen, bis ein Gutachten vorliegt. Dieses halbherzige Zurückrudern dient alleine dazu,

die Proteste abzuschwächen. Wir fordern ein sofortiges Ende der Ermittlungen gegen unsere Kollegen.

Wir begrüßen, dass der Justizminister Heiko Maaß sich gestern mit deutlichen Worten von dem Vorgehen der Bundesanwaltschaft distanziert hat. Er sagte, was wir alle hier ohnehin wissen: „Ich habe heute dem Generalbundesanwalt mitgeteilt, dass ich Zweifel daran habe, ob die Journalisten mit ihrer Veröffentlichung die Absicht verfolgt haben, die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen.“

Maaß deutete auch an, dass der umstrittene „Landesverrat“-Paragraph in naher Zukunft reformiert werden müsse. Das ist eine Forderung, die wir als Journalistenorganisationen jetzt unbedingt vorantreiben sollten, damit sich solch ein skandalöses Vorgehen nicht wiederholen kann.

Als Organisation, die sich weltweit für Pressefreiheit einsetzt, bedauern wir, dass die Bundesanwaltschaft durch ihr Vorgehen den Ruf unseres Landes beschädigt, ein sicherer Ort für Journalisten zu sein. Die einhellige Solidarität aus dem Kreis der Kollegen, von Medien und Journalistenorganisationen zeigt aber, dass eine solche Attacke gegen die Pressefreiheit in unserem Land auf erheblichen Widerstand stößt. Es wäre schön, wenn wir mit dieser Welle der Sympathie und Unterstützung für engagierte, gute Journalisten auch anderswo noch stärker eine Wirkung entfalten. Denn den Schock und die Ratlosigkeit, die die Kollegen von „netzpolitik.org“ erleben mussten, als der Brief von der Bundesstaatsanwaltschaft sie erreichte, gehört in vielen Ländern zum traurigen Alltag. Auch dafür sollten wir uns stärker mitverantwortlich fühlen.